

Politische Aussprache im Herrenhaus.

Sigung vom 9. Juli

Am Ministertisch Dr. Friedberg, Bergt, v. Eisenhart-Rothe, v. Waldow, später Dr. Drews.

Präsident Graf v. Arnim-Boitzenburg gedenkt bei Eröffnung der Sitzung des verstorbenen Sultans Mohammed V., des treuen Freundes Deutschlands. Möge es dem neuen Sultan Mohammed VI. glücken, sein Volk bald dem ruhmreichen Frieden und einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen. Wir gedenken auch unseres Mitgliedes Grafen Mirbach-Sarff, der in treuer Ausübung seines schweren Dienstes einem ruchlosen Mordanschlag zum Opfer gefallen ist. Das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Grafen Swildecki wird in üblicher Weise geehrt.

Der Staatshaushalt.

Die allgemeine Besprechung wird in folgende Gruppen geteilt: Große Politik und Ernährungsfragen, innere Politik und soziale Fragen, Handel und Verkehr.

Generalberichterstatter ist Graf Seidlitz-Sandrezki.
Graf v. Behr-Behrenhoff (kon.): Wir danken unseren Herren, ihrem obersten Kriegsherrn und ihren ruhmreichen Führern. Unser Dank soll aber nicht nur in Worten bestehen, sondern auch in Taten, indem wir eintreten für einen Frieden, der der gebrauchten Opfer wert ist. Nicht für die Befreiung Polens oder irgendwelcher Fremdvölker hat Deutschland sein Blut hingegeben, sondern für die Sicherstellung unserer Zukunft auf erweiterter Basis. (Beifall.)
Kriegsziele aufzustellen ist nicht Sache irgendeines Parlaments, die Tat ist wichtiger als alles Reden. Nicht auf dem Wege der Reichstagsauflösung vom 19. Juli 1917 werden wir jemals den Frieden, wie wir ihn brauchen, bekommen (Beifall), sie hat uns nur geschadet, den Mut der Feinde gestärkt und gewaltige Opfer gekostet. (Zustimmung.) Ebenso ist es mit der unalliierten demokratischen Phase vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Ein guter Frieden kommt alleindurch unser gutes deutsches Schwert. Unser deutsches Schwert allein hat uns den Frieden im Osten gebracht, aber auch im Westen werden wir nur mit Hilfe unseres Schwertes einen guten Frieden erlangen. Mein Vertrauen auf den erfolgreichsten Ausgang des Krieges beruht darauf, daß der Kaiser, der allein das Recht hat, Frieden zu schließen, auf der Bahn, die Hindenburg und Ludendorff ihm schaffen (Beifall), einen Frieden schließen wird, der unserer Zukunft dient.

So groß auch die Versuchung ist, zu untersuchen, ob in dieser Zeit, wo um das Leben unseres Volkes gekämpft wird, nichts Besseres zu tun ist, als sich mit der Wahlrechtsfrage zu beschäftigen, die nur Nebensache in unser Volk hineingebracht hat (Sehr. Zustimmung), so werden wir das doch erst bei anderer Gelegenheit tun. Die ernstesten Bedenken erweckt die Gestaltung der Beziehungen zwischen Preußen und dem Reich. Behrmann-Hollweg hat hier nach einer Rede des Grafen Nord gesagt, er werde alles tun, damit Preußens Selbständigkeit erhalten bleibe; aber seine ganze Politik während des Krieges bestand in einem heftigen Juridizidien vor der Außenwelt des Reiches; sie ging darauf hinaus, anstelle des segensreichen Föderalismus immer mehr zum Unitarismus überzugehen und den preußischen Landtag unter die Vormachtigkeit des Reichstages zu stellen. Aber nur, wenn unser geliebtes altes Preußen seine Stellung als Vormacht Deutschlands behält, können wir auf eine gedeihliche Gestaltung unserer Zukunft rechnen (Beifall).

Ein weiteres Fortschreiten auf dem bereits beschrittenen Wege der Parlamentarisierung wäre höchst bedenklich. Bei der Berufung des jetzigen Reichstages hat die Linksmehrheit des Reichstages weitgehenden Einfluß auf die Besetzung der obersten Stellen genommen, die allein ein Recht des Kaisers ist. Wenn auch Preußen noch nicht parlamentarisiert wird, so kann es doch nur in einem Staat, der auf dem Wege dazu ist, vorkommen, daß ein Minister in leitender Stelle zugleich Führer einer politischen Partei ist (Sehr wahr!). Ein Staatsmann muß auf höhere Werte stehen als ein Parteiführer, und um Rollen zu vermeiden, müßte er diese Stelle niederlegen (Zustimmung).

Unsere Stellung zur Monarchie verbietet uns, die Krone zu einem wesen- und bedeutungslosen Schatten herabzuwürdigen. Nur eine starke Monarchie kann einen Staat in solcher geographischer Lage und mit Feinden ringsum schützen.

Sehr frohlich erscheint mir, ob wir mit unserem Zwangswirtschaftssystem auf dem rechten Wege sind. Man hätte beruhen der Produktion lassen sollen (Sehr richtig). Der Schleichhandel ist ein dunkler Fleck auf unserem reinen Schilde.

Trotz alledem bin ich überzeugt, daß uns ein glorreicher Friede beschieden sein wird, der Deutschland eine große Zukunft unter Führung des Kaisers sichert. Großes ist unserm Volk noch bestimmt. (Lebhafter Beifall und Handklatschen).

Oberbürgermeister Wilms-Pöfen erörtert die Ernährungsverhältnisse. Die Eingriffe in die Produktion gehen zu weit (Sehr richtig). Bei Eiern, Gemüse und Obst sollte man von der hier doch undurchführbaren Zwangsbewirtschaftung absehen. Dann würden die Großstädte besser verproviant sein. Immerhin hat unser jetziges Wirtschaftssystem das für sich, daß es uns vier Jahre hat durchhalten helfen.

Staatsminister Dr. Friedberg:

Vom Dank des ersten Vorredners an Kaiser, Heer und Volk schreibe ich mich namens der Staatsregierung an. Graf Behr hat aber im Laufe seiner Ausführungen darauf hingewiesen, daß von verantwortlicher Stelle aus Worte gesprochen worden sind, die wohl geeignet seien, die Siegesgewißheit in Deutschland herabzumindern. Ich glaube, daß die Mißverständnisse infolge einer Rede des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes beseitigt seien durch die Erklärungen, die seinerzeit der Herr Ministerpräsident und der Staatssekretär selbst abgegeben hatten. Sollte das aber nicht der Fall sein, so will ich doch meinerseits wiederholen, daß innerhalb der Reichs- und Staatsregierung gar keine Rede davon sein kann, daß die Siegeszuversicht irgendwie erschüttert ist. (Bravol) Wir sind im Gegenteil mit diesem hohen Haufe und mit der Mehrheit des deutschen Volkes überzeugt, daß der Sieg uns gar nicht mehr zu entreißen ist. (Bravol) Wir sind die Sieger im Osten, wir werden auch die Sieger im Westen sein. Ebenso sind wir auch überzeugt, daß nur unser deutsches Schwert in der Lage ist, uns diesen Sieg zu erringen und wir teilen die Zuversicht, daß dieser Sieg nicht mehr in weiter Ferne zu suchen ist. (Lebhafter Beifall)

Der erste Vorredner ist dann auf die innere Lage Preußens eingegangen und hat bemängelt, daß die staatsrechtliche Stellung Preußens etwas ins Wanken gekommen sei. (Sehr richtig!) Ich glaube nicht, daß er damit vollkommen recht hat. Es kommt ganz darauf an, von welchem Gesichtswinkel aus man die Dinge betrachtet. (Sehr richtig und Heiterkeit.) Gewiß, man hat in Preußen das Gefühl, daß das Reich sich etwas mehr als nötig in die einzelstaatlichen Verhältnisse einmischt, aber umgekehrt fühlen auch die Reichsämter sich sehr häufig dadurch bedrückt, daß sie in einer gewissen Abhängigkeit, einer notwendigen Abhängigkeit von der preußischen Staatsregierung stehen. Das ist nach unserer Reichsverfassung notwendig, aber für die Reichsbehörden ist es eine gewisse Erschwerung ihrer Tätigkeit. Der Krieg hat hier die Verhältnisse etwas verschoben. Er hat dazu geführt, daß außerordentlich wichtige und dringende Aufgaben jetzt mehr in der Hand des Reiches als der Einzelstaaten sind. Diese Entwicklung spiegelt sich auch wieder in der Frage der Erhaltung der Finanzhoheit der Einzelstaaten. Im Gegensatz zu früher hat jetzt das Reich viel höhere Ausgaben als die Bundesstaaten, 12 Milliarden gegenüber von noch nicht 2,2 Milliarden. Hier muß auch die Steuerhoheit des Reiches sich weiter ausdehnen. Wenn das auf Kosten der Bundesstaaten geschieht, müssen wir uns natürlich mit aller Gewalt dagegen sträuben, aber wir werden es nicht hindern können, daß diese oder jene Steuerquelle, die die Bundesstaaten bisher gehabt haben, auch vom Reich in gewissem Maße in Anspruch genommen werde.

Der erste Vorredner hat dann die Befürchtung ausgesprochen, daß wir im Reich wie in Preußen den Weg der Parlamentarisierung gehen könnten. Ich halte diese Befürchtung nicht für zutreffend. Der Herr Ministerpräsident hat seinerzeit im Abgeordnetenhaus gesagt, daß er von Seiner Majestät berufen sei, nachdem im Reich eine schwere Krise vorausgegangen war, und nachdem er sich damals die Unterstützung der maßgebenden Parteien im Reich gesichert hatte. Nur in Uebereinstimmung aller in Betracht kommenden Faktoren läßt sich in dieser schweren Zeit das Staatsgeschick mit Erfolg steuern. Das hat ihn dazu geführt, Seiner Majestät gewisse Vorschläge zu unterbreiten, die aus eigener freier Entschliebung dann von Seiner Majestät gutgeheißen worden sind. Wollen Sie das „Parlamentarisierung“ nennen?

Graf Behr hat denn auch auf meine Person exemplifiziert und hat da auch einen kleinen Irrtum begangen. Ich persönlich habe mich in Wort und Schrift stets gegen den englischen und romanischen Parlamentarismus ausgesprochen, habe aber hervorgehoben, daß allerdings in Deutschland das Bedürfnis vorliege, Parlament und Regierung in etwas engere Fühlung mit einander zu bringen dadurch, daß man Fachministerien bis zu einem gewissen Grade mit Parlamentariern besetzte. Als ich dies Programm aufstellte, hatte ich noch nicht die mindeste Ahnung, daß ich jemals berufen sein würde, an der Durchführung dieses Programms in eigener Person mitzuwirken. Ich glaube aber gerade aus dem Umstande, daß ich mich habe entschließen können, und nach Lage der Sache entschließen müssen — denn Sie können mir wirklich glauben, daß ich lieber aus der Regierung herausgeblieben wäre —, können Sie folgern, daß von einem Parlamentarismus im Sinne des Grafen Behr in Preußen nicht die Rede sein kann.

Ich glaube, wir leben in einer Zeit — auch der Vorredner betonte das und führte ein Beispiel an, auf das er nicht näher eingehen wollte —, in der es darauf ankommt, alles zusammenzufassen, um einig und geschlossen im Innern zu sein. Das ist auch der Grundgedanke der Regierung. Man kann gewiß sagen, daß auch Aufgaben zu erledigen sind, wo diese Einigkeit und Geschlossenheit von vornherein ausgeschlossen ist, aber das ist ein besonderer Umstand, auf dem ich ebenförmig wie der Vorredner eingehen will. Im großen und ganzen müssen wir alles tun, um mit ganzer Kraft die Einigkeit und Geschlossenheit aufrechtzuerhalten. Das geschieht am besten dadurch, daß man Mißstände, die man zu bemerken glaubt, nicht überhastet, den Riß, den man da und dort bemerkt, nicht vergrößert. Wenn wir uns so gegenseitig mit Vertrauen entgegenkommen, dann wird diese Einigkeit und Geschlossenheit erreicht werden zum Segen unseres Vaterlandes. (Beifall.)

Fürst Salm-Horstmar: Ich spreche nur für mich persönlich. Wir erleben jetzt einen Ansturm der demokratischen Auffassung gegen die aristokratische. Sie findet ihre stärkste Stütze in der internationalen jüdischen Rasse. Ein Werkzeug zur Verwirklichung ihrer Ziele sind die internationalen Freimaurerorden. Trost und Beistand sind auch Juden und gehören der Loge „Art et travail“ in Paris an.

Herzog zu Trachenberg: Ich bin weder Jude, noch Freimaurer und fühle mich also persönlich nicht getroffen. Aber Juden und Freimaurer sind Angehörige des deutschen Volkes und dienen bei der Armee im Felde oder tun in der Heimat ihre Schuldigkeit. Ich kann nur mein tiefes Bedauern darüber aussprechen, daß man hier das Trennende hervorgehoben hat. (Zustimmung.) Wir brauchen den Siegeswillen und die Einigkeit unserer Krieger, die uns vor dem Einbruch der Feinde schützen, aber wir brauchen auch die Einigkeit im Innern. Nur diese befähigt uns zum Durchhalten in diesem schweren Kriege. Die Worte des Vorredners haben die Einigkeit im Innern geschädigt. Wir sollen uns an die Kaiserworte halten: Ich kenne keine Parteien. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär a. D. Dernburg: Diesen Worten kann ich mich nur anschließen. Die Ausführungen des Fürsten Salm-Horstmar müssen einen großen Volksteil verbittern. Auch wir wünschen keinen Frieden, der nicht für Deutschlands Entwicklung vollständige Freiheit gibt. Aber man darf die Front nicht eine Stunde länger als notwendig kämpfen lassen. Ohne die Mitarbeit der Diplomatie ist der Friede nicht in die Scheuer zu bringen. Auf dem Schlachtfelde ist noch nie ein Friede geschlossen worden. Wenn Preußen eine führende Stellung erhalten will, muß es dauernd moralische Eroberungen machen. Ich bin mir einigermaßen im Zweifel, ob ihm das gelungen ist. (Widerspruch.) Wenn das Wahlrecht zur Unzeit gekommen ist, dann nur insofern, als es zu spät gekommen ist. Preußen muß dafür sorgen, daß es nicht unter die Räder kommt. Wer hat die Rechte der Krone eingeschränkt? Das ist durch die Sicherungen geschehen, die von der Krone eingefügt sind, und die den König genau so binden wollen wie das Parlament. Wir brauchen völlige Einigkeit nach außen und nach innen. (Beifall.)

Graf Yorck v. Wartenburg: Der Verständigung muß der Sieg vorher gehen. Nicht moralische Eroberungen haben Eng-

land groß gemacht, sondern seine überragende Machtfstellung. Wir wollen unserem Reich eine ähnliche Stellung verschaffen, wie sie England hat. (Bravol) Der Reichstag hat seine Befugnisse oft überschritten. Der Hauptausschuß hat a. B. weiter getagt, während die Hohenzollern beschimpfte, hätte er von den weiteren Sitzungen ausgeschlossen werden müssen. Die Reichsbehörden greifen in die preußischen Rechte ein. Das Ueberwiegen der Staatssekretäre am preußischen Staatsministerium ist unerwünscht. Wir brauchen eine ausgiebige Kriegsentwicklungsabteilung.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Wenn der Hauptausschuß weiter getagt hat, so mit Zustimmung der Regierung. Diesem Hause wird auch eine Vorlage zugehen, wonach Ausschüsse beauftragt werden, während der Vertagung weiter zu arbeiten. Dann die angebliche Ueberschwemmung des preußischen Staatsministeriums mit Staatssekretären des Reiches. Gegenwärtig haben nur zwei Staatssekretäre in Preußen Sitz und Stimme. (Zurufe: Gegenwärtig!) Früher waren es mehr. (Zurufe: Viel mehr!) Es ist mithin eine Einschränkung eingetreten. Die beiden Staatssekretäre müssen dem preußischen Staatsministerium angehören. Es sind: der Reichsfinanzsekretär, der nahe Beziehungen zu den preußischen Finanzen hat, und der Staatssekretär des Innern. Wenn er mit dem preußischen Minister des Innern nicht Hand in Hand arbeiten würde, so würden manche Unzuträglichkeiten entstehen.

Oberbürgermeister Miglaff-Bromberg fordert Besserstellung der Staatsbeamten.

Kammerherr v. Oldenburg-Januschau: Schnelle Hilfe muß unserem schwerleidenden Beamtenstand werden. Dr. Friedberg hat vorhin besprochen, daß der Reichstag in die preußischen Verhältnisse mehr hineingeredet habe, als seine Aufgabe ist. Der beste Beweis, daß das geschieht, ist doch der Ausspruch des Vizelandes v. Payer im Reichstage, daß er mit dem preußischen Wahlrecht stehe und falle. Was geht denn Herr v. Payer das preußische Wahlrecht an? (Heiterkeit und Sehr gut!) Wenn der Ministerpräsident hier wäre, würde ich ihn bitten, dafür Sorge zu tragen, daß derartige Äußerungen seitens der Reichsregierung nicht fallen, denn die Regierung ist dazu da, die Verfassung aufrecht zu erhalten. Die Herren im Reich möge bedenken, daß ihre Gehälter auch aus den Taschen der preußischen Steuerzahler fließen. Excellenz Dernburg hat uns Preußen auf den Weg moralischer Eroberungen verwiesen. Wer die preußische Geschichte kennt, der weiß, daß Preußen nicht auf dem Wege moralischer Eroberungen die Großmacht geworden ist; nichts auf der Welt hat die Mark Brandenburg berechtigt, Mittelpunkt eines Staates zu sein, der von der Memel reicht bis über den Rhein. Es war die Großtat der großen Hohenzollernfürsten, die sich und ihr Volk erzogen haben zum Kampfe für den Staat, zum Sterben für den Staat. Ich glaube, Ezz. Dernburg ist der letzte, der moralische Eroberungen empfehlen kann. Solche moralische Bestrebungen führen zu Festen wie dem für den amerikanischen Botschafter Gerard. (Heiterkeit.) Diesen Weg können wir nicht mit betreten. (Beifall.)

Oberbürgermeister Dehler-Düsseldorf verteidigt das gegenwärtige Wirtschaftssystem.

Fürst Salm-Horstmar erklärt, daß er den Staatsbürgern jüdischen Glaubens nicht den Vorwurf machen würde, daß sie ihre Pflicht nicht getan hätten. Ein solcher Vorwurf würde ja auch den Lasten widersprechen, da so viele Bürger jüdischen Glaubens den Tod für das Vaterland gefunden und dem preußischen, wie dem deutschen Volk große Dienste geleistet haben.

Dr. Dernburg: Ich habe Herrn Gerard niemals als geeignetes Objekt für moralische Eroberungen angesehen. Das Essen, an dem ich auf Einladung teilnahm, war übrigens sehr gut. (Heiterkeit.)

Prof. Borchers-Nachen verliest den Feldpostbrief eines Jägerleutnants aus dem Juni 1917, in dem dieser die Stimmung des Feldsoldaten gegenüber innerer Reformen während der Kriegszeit schildert.

Oberbürgermeister Trendmann-Mühlhausen i. Th. nimmt die Freimaurer in Schutz. Die deutschen Freimaurer seien durchaus patriotisch und unpolitisch. Sie zählten Goethe, Fichte, Schleiermacher, Kaiser Wilhelm I., Friedrich III. zu ihren Mitgliedern. Ihr jetziger Protetktor ist Prinz Leopold.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Es folgt die Einzelbesprechung der verschiedenen Haushaltspläne. Den Anfang macht die

Landwirtschaftliche Verwaltung.

Graf Kanau fordert Maßnahmen zum Wiederaufbau der Pferdezucht.

Der Antrag wird angenommen.

Fürst Rnyphausen bringt Wünsche und Beschwerden der ostpreussischen Landwirtschaft vor. Durch die vielen Schwankungen in der Preisfestsetzung hat die Autorität der Regierung bei den Landwirten gelitten. Es muß alles geschehen, um die Arbeitsfreudigkeit auf dem Lande wieder zu heben. Dazu gehört auch, daß die Landwirte gegen unbedingte Angriffe der Konsumenten geschützt werden. (Bravol)

Staatssekretär v. Waldow: Ein Juliussturm voll Getreide zu Beginn des Krieges wäre uns gewiß sehr zufluten gekommen. Aber wer hat eine so lange Dauer des Krieges vorausgesehen? Die Zwangswirtschaft hat jedenfalls das Gute gehabt, die Lebensmittel für das Heer aufzubringen und ein Existenzminimum für die große Masse der Minderbemittelten, das sind 95 v. H. des Volkes, zu sichern. Man sagt, dies System wirke produktionshemmend. Aber der Mangel an Pferden, künstlichem Dünger usw. liegt nicht am System, sondern an den Kriegsnotwendigkeiten. Eine Konzession zur Erfassung der Bestände ist notwendig. Die dabei vorgekommenen Mißgriffe bedauern ich; für Abstellung wird geforgt werden. Bei Gemüse ist die Nachfrage 20mal so groß als der Vorrat. Immerhin ist gelungen, zum Beispiel solche Mengen Kohlrabi auf den Markt zu bringen, daß sie nicht einmal ganz aufgenommen werden. Wenn einmal ein Abbau erfolgen kann, so werden jedenfalls Eier und Gemüse zuerst herantommen. Bei Brot, Fleisch und Kartoffeln kann daran erst gedacht werden, wenn unsere Vorräte erheblich höher sein werden als der Bedarf.

Oberbürgermeister Koch-Rassel: Wenn man in Oesterreich und Ungarn rechtzeitig eine genügende öffentliche Bewirtschaftung eingeführt hätte, wäre es nicht zu dieser Not gekommen. Nichtrationierte Lebensmittel, wie Ziegenfleisch und Wein haben eine ungeheure Preissteigerung erfahren. Das Gemüse wird übrigens gar nicht öffentlich bewirtschaftet; geschähe das, wäre es besser.

v. Herzberg-Lötten: Die großen Städte beziehen ein Viertel ihres Bedarfs durch den Schleichhandel, und sie würden